



BURMA REPORT

September 2009

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 76

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

THE IRRAWADDY

http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=16568

Suu Kyi bleibt optimistisch, sagt ihr Anwalt - AUNG ZAW

Wie einer ihrer Anwälte, Kyi Wynn, am Freitag berichtete, kehrte die Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi positiv gestimmt und gut gelaunt in ihr Haus am See zurück.

"Sie war nicht niedergeschlagen und ich war überrascht, sie im Gegenteil fröhlich und lachend zu finden," sagte der Anwalt.

Suu Kyi versammelte sich mit ihren Anwälten am Mittwoch um den Esstisch ihres Hauses am See, berichtete er und fügte hinzu, dass Suu Kyi aufgeräumt über den Prozess sprach.

Suu Kyi wusste im vorhinein, dass ihr Urteil "schuldig" lauten würde, was sie jedoch weder bedrückt noch verbittert über den Prozess reden liess.

Die prodemokratische burmesische Führerin zeigte sich jedoch überrascht, dass das Regime eine "tote Verfassung" wieder aufleben liess, um ihr etwas anzuhängen, sagte er, indem er sich auf die Verfassung von 1974 bezog, die offiziell ungültig ist, seit die neue Verfassung im vergangenen Jahr angenommen wurde.

Kyi Wynn hatte zuvor berichtet, dass Suu Kyi ihm privat gesagt hatte, dass die Anschuldigungen gegen sie ungültig seien, da sie aufgrund des Staatssicherheitsgesetzes von 1975 unter der Verfassung von 1974 angeklagt wurde, das jedoch 1988 ausser Kraft trat, als das Militär die Macht ergriff.

Während des Prozesses wies Suu Kyi ihre Anwälte darauf hin, dass sich ihr Verteidigungsteam einer "Verfassungskrise" gegenüber sieht. Hierbei bezog sich Suu Kyi auf ein Gesetz, das 1975 unter der Verfassung von 1974 in Kraft trat; dieses wurde jedoch ungültig, als das Militär 1988 die Macht ergriff.

Ferner hatte aufgrund der "Roadmap der 7 Schritte" das Land in einem nationalen Referendum im Mai 2008 eine neue Verfassung angenommen, wodurch der Akt von 1975 überholt wurde.

Kyi Wynn sagte, dass das Regime die Verfassung von 1974 neu belebt hätte, um Suu Kyi belasten zu können und verlangte, dass die alte Verfassung als null und nichtig anzusehen ist.

Der Anwalt wies auch darauf hin, dass sich das Verteidigungsteam überrascht zeigte, dass das Schreiben des Senior-Generals Than Shwe an das Gericht auf den 10. August datiert und herausgegeben wurde, obwohl der Richter das endgültige Urteil erst am 11. August verlas.

Ursprünglich erhielt Suu Kyi eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, was jedoch umgehend auf 18 Monate Hausarrest verwandelt wurde, als Innenminister Maung Oo Than Shwes Brief verlas mit der Ankündigung, dass die Strafe von 3 Jahren um die Hälfte verkürzt würde.

Die Bewährungsstrafe wurde auch auf die zwei Begleiterinnen Suu Kyis, Win Ma Ma und Khin Khin Win angewandt.

Suu Kyis ist nun wieder Gefangene in ihrem eigenen Haus, aber ihr Anwalt, sagte, dass sie sich vorbereite, Einspruch zu erheben.

"Suu Kyi möchte Einspruch erheben, und das ist richtig so", sagte er. "Aber die Aussicht auf Erfolg ist sehr gering - sie war bereits verurteilt, ehe sie festgenommen wurde".

Kyi Wynn verglich die Auflagen des Hausarrestes für Suu Kyi mit denen eines Kindes im Internat.

Die Einschränkungen gegen die Oppositionsführerin und ihre zwei Begleiterinnen bedeuten, dass sie sich nur in Suu Kyis Anliegen in der University Avenue aufhalten dürfen; sie dürfen nur auf den Hof des Hauses gehen, aus Gesundheitsgründen können sie einen Arzt und Krankenschwestern in Anspruch nehmen; Suu Kyi kann mit Zustimmung der entsprechenden Behörden Gäste empfangen, sie kann die lokalen Fernsehkanäle wie Myawaddy und MRT (Myanmar Radio und Television) ansehen, wie auch die lokalen Zeitungen und Magazine lesen, und sie kann um Papier bitten, wenn sie schreiben möchte.

"Suu Kyi sieht im allgemeinen nicht fern, aber sie ist eine eifrige Leserin und bringt die meiste Zeit ihres Hausarrests mit der Lektüre von Büchern", sagt ihr Anwalt.

Auf die Frage, ob sie ihr ausländische Zeitungen und Magazine bringen dürften, wurde ihren Anwälten mitgeteilt, dass diese

zuerst den Behörden zur Überprüfung vorgelegt werden müssten.

Ihre Anwälte haben auch beobachtet, dass durch die Sicherheitskräfte und die Polizei die Wachtürme, von denen aus Suu Kyis Haus überwacht wird, höher gebaut wurden. Eine weitere merkwürdige Veränderung seit ihrer Festnahme im Mai ist die Entfernung aller Büsche um das Haus.

Suu Kyi ist sich des Stroms und der Unterstützung der internationalen Reaktion wegen des gegen sie verhängten Urteils bewusst, sagte ihr Anwalt.

"Aber sie hofft immer noch auf einen Dialog", fügte Kyi Wynn hinzu.

Nach der chinesischen Haltung Burma und Suu Kyi gegenüber befragt, warnte der Anwalt, dass China mit dem Feuer spielt.

Politische Beobachter sagen, dass wegen der intensiven Berichterstattung über den Prozess und die internationale Aufmerksamkeit, die ihr während des Prozesses zuteil wurde, Suu Kyis Status sich innerhalb und ausserhalb Burmas gefestigt habe und dass sie eine stärkere Position in der burmesischen Politik als zuvor eingenommen habe.

"Sie war (vor dem Prozess) fast vergessen", sagte ein Diplomat in Rangoon und fügte hinzu, dass die Ironie es will, dass es das Regime war, das ihren Status und internationales Ansehen befördert hat.

Suu Kyi verbrachte bereits 14 der vergangenen 20 Jahre unter Hausarrest, aber es war am Dienstag zum ersten Mal, dass sie irgendeines Vergehens für schuldig befunden wurde.

The Irrawaddy Newsletter for Thursday, September 3, 2009 - news@irrawaddy.org
THE IRRAWADDY

http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=16714

Suu Kyis Anwalt legt Berufung gegen ihr Urteil ein

The Irrawaddy, Donnerstag, den 3. September 2009

Der Anwalt der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi legte am Donnerstag Berufung gegen das Urteil ein, das sie ...

... ၃ für schuldig befand, einem amerikanischen Eindringling für zwei Tage den Aufenthalt auf ihrem Grundstück erlaubt zu haben.

Der Anwalt, NyanWin, hinterlegte die Berufung beim Division Court, Rangoon. Er teilte mit, dass eine Entscheidung am kommenden Freitag zu erwarten sei.

"Sollten sie sie annehmen, werden wir unsere Argumente hier darlegen," berichtete er dem The Irrawaddy. "Wenn nicht, werden wir uns an eine höhere Instanz wenden".

Nyan Win sagte, dass sich die Berufung auf elf Vorträge begründe, er lehnte jedoch weitere Ausführungen ab. Suu Kyi war am 11. August zu weiteren 18 Monaten Hausarrest verurteilt worden, nachdem man sie für schuldig befand, den amerikanischen Eindringling, John Yettaw, beherbergt zu haben und somit gegen die Auflagen ihrer Haftbedingungen verstieß.

Während der vergangenen 20 Jahre verbrachte Suu Kyi 14 Jahre in Haft.

Zwischenzeitlich bat sie die Junta, Besuche ihres Arztes zu erlauben und einem Renovierungsplan für ihr Haus zu genehmigen, wodurch die Sicherheit verbessert würde. Nyan Win sagte, dass bisher keine Antwort auf diese Bitte erfolgt sei

"EBO" - "Burma_news" <burma_news@verizon.net>
THE Washington Post - 24. August 2009
 <<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/08/23/AR2009082302437.nml>>

In Burma entwickeln sich Dissens-Strategien

Aktivisten finden in humanitären gemeinnützigen Gruppen Raum zum Atmen

Rangoon, Burma: Nennen Sie es die evolutionäre Schule der Revolution.

Nach Jahren brutal niedergeworfener Strassenproteste haben viele Burmesen neue Strategien entwickelt, indem sie kleine politische Öffnungen dazu nutzen, mehr Freiheit zu erlangen. Sie bieten Hilfe an, geben Kurse in staatsbürgerlichem Engagement und mit stillem Lernen zu regieren.

"Wir versuchen, die Menschen zu mobilisieren, indem wir ihren Gedankenprozess verändern," sagte ein Unternehmer in Mandalay, der Kurse in Führung anbietet. Halb scherzend fügte er hinzu: "Die staatsbürgerliche Gesellschaft ist eine Guerrilla-Bewegung".

"Regierungskritiker, unter denen sich viele Burmesen befinden, die sagen, dass die Rückkehr der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi in den Hausarrest in diesem

Monat den Entschluss der Junta unterstreicht, sie von der Bevölkerung vor der Parlamentswahl im nächsten Jahr, die viele als Farce ansehen, fern zu halten. Aber eine wachsende Anzahl von Mittelschicht-Burmesen setzt ihre Hoffnung auf, was sie "kommunale Organisationen" nennen, und damit in einem Land mit einer der schlimmsten repressiven Regierungen der Welt Öffnungen für Unternehmertum und politischen Handlungsspielraum finden.

Kürzlich packten sich in der Morgendämmerung des Sonntags ein Dutzend Ärzte in zwei alte Kleintransporter, hielten unterwegs zu einem herzhaften Frühstück mit Fisch und Klebreis an, um dann den Dörfern eine Stunde von Rangoon entfernt, freie medizinische Versorgung zu geben. Die Gruppe traf sich zum ersten Mal vor zwei Jahren, als sie sich um die von den Sicherheitstruppen zusammengeschlagenen Menschen während der von Mönchen angeführten Protestmärsche kümmerten. Als der Tropenzyklon Nargis im Mai 2008 die geschätzte Anzahl von 140.000 Toten forderte, schlossen sich die Ärzte zahllosen Burmesen an, die sich um die Notfallversorgung für die Überlebenden bemühten, während die Junta Auslandshilfe zurückwies.

Wie viele dieser ad hoc-Gruppierungen, haben die Ärzte seitdem eine informelle Nonprofit-Organisation gegründet, die sich regelmässig trifft und freiwillig in einem Waisenhaus und in Dörfern der Umgebung von Rangoon hilft. Der Führer der Gruppe hat sich um Fonds von ausländischen Nonprofit-Organisationen bemüht und seine Gruppe "Volunteers for the Vulnerable" (Freiwillige für Schutzbedürftige) oder V4V, genannt.

Um jedoch zu vermeiden, dass ihre Aktivitäten als Aktivismus deklariert werden, verhandelte der Führer jede Woche mit den Behörden, um den Zutritt zu den Dörfern unter dem Schutz einer unauffälligen burmesischen Einrichtung - dem Abt des lokalen buddhistischen Klosters, genehmigt zu bekommen.

Zur eigenen Sicherheit kennen, wie der Gründer der V4V sagte, "nicht einmal alle Mitglieder den Namen der Gruppe".

Seit 1962 haben alle aufeinanderfolgenden Militärregierungen rigoros die Zivilgesellschaft niedergehalten und die Zusammenkunft von mehr als fünf Personen verboten. Burmesen sagen, dass sie in den Aktivitäten der halb unerlaubten Gruppierungen wie die V4V schmale Wege für Unternehmertum und politischen Handlungsspielraum finden.

"Es gibt immer noch Raum für einen Wandel in kleinem Umfang", sagte ein AIDS-Aktivist, während er Saft in einem Teashop trank. "Viele Menschen behaupten, dass die Zivilgesellschaft tot ist. Aber sie stirbt niemals. Zuweilen nimmt sie unter dem Mantel der Religion oder dem Mantel der Medizin andere Formen an".

Ein 32 Jahre alter Schriftsteller hier sagte, dass sein Vater der lokale Vertreter für Suu Kyis Partei, der National League for Democracy, gewesen sei.

Aber der junge Schriftsteller sieht seine Rolle ausserhalb der Oppositionspartei.

Er sagte, dass sich sein Leben verändert hätte, nachdem er in Rangoon an einem dreimonatigen Kurs einer Nonprofit-Organisation, der Myanmar Egress, teilgenommen hätte, die Kurse für Burmesen, die sich für Entwicklung interessieren, anbietet. Wie viele Menschen, die wir für unseren Bericht interviewt haben, bat auch er aus Angst vor Repressalien um Anonymität.

Er gab seine Stelle bei einem Wirtschaftsmagazin auf, um unter einem Pseudonym freiberuflich Meinungsartikel zu veröffentlichen und ist Mitbegründer einer Nonprofit-Organisation zusammen mit ehemaligen Studenten von Egress.

"Ich kam zu der Einsicht, dass mein tägliches Leben sich in Politik abspielt, in politischer Ökonomie", sagte er. Dieser Entschluss wurde ausgelöst durch die Szenen der Armut, die er auf der täglichen Fahrt in einem überfüllten knarrenden Bus durch Rangoon beobachten musste. "Ich glaube, dass ohne politische Kenntnisse ... die Menschen nur umherlaufen und sich erschliessen lassen. Ich tue mein möglichstes als Erzieher und Journalist."

Staatsbürgerliche Aufgaben

Viele Menschen in Rangoon äusserten ähnliche Pflichtgefühle, als sie beobachten mussten, wie die Militärherrscher das Erziehungssystem dezimierten und die Armut durch Missmanagement in der Wirtschaft vergrösserten. In den vergangenen 50 Jahren fiel Burma von einem der reichsten Länder Asiens an das Ende der regionalen Rangliste.

"In Burma ist die Mittelschicht sehr dünn," sagte ein 38jähriger Designer, der 2004 mithalf, eine Nonprofit-Gruppe zu gründen, die potentielle politische Führungspersönlichkeiten rekrutiert. "Wir müssen dies wachsen lassen, es verstärken". Die meisten demokratischen Länder haben eine breitere Mittelschicht. Es ist der einzige Weg nach vorn".

Solche Gruppen erlauben es Städtern, in Netzwerken zu arbeiten, die vorher unvorstellbar waren.

Menschlich und politisch
 Kürzlich versammelten sich an einem Nachmittag in dem muffigen Konferenzraum eines Hotels Studenten zu einer 3stündigen Vorlesung über die Zivilgesellschaft, die von Myanmar Egress gesponsert wurde.

Bereits zehn Minuten vor Beginn der Klasse war kaum noch ein Sitzplatz leer und die Studenten strömten immer noch herein, lachend, redend oder Notizen durchblättern, deren Ecken sich in der ... ၃

... feuchten Hitze aufrollten. "Sie haben einen wirklichen Wissensdurst. Sie wollen wissen... Sie machen nicht einmal eine Pause," sagte ein 28jähriger Egress-Lehrer, der die 105 jungen Erwachsenen von hinten aus dem Raum her beobachtete. "Dieser Ort ist ganz frei, der einzige Platz, wo wir über diese Dinge reden können."

Einige Mitglieder dieser Gruppen lehnen eine politische Motivierung ihrer Aktivitäten gänzlich ab und bezeichnen sie als rein humanitär. Andere meinen jedoch, dass diese in Burma unauf löslich miteinander verbunden seien.

"Bei jedem Treffen der Nonprofits ist am Ende die Lösung immer politisch", sagte ein Wissenschaftler aus Rangoon, der in einer ausländischen Entwicklungsfirma arbeitet.

Der Wissenschaftler gehört einem losen Zirkel einflussreicher Akademiker, Schriftsteller, Vermittlern zwischen der Junta und ethnischen Minderheiten an, sowie Geschäftsleuten zu Hause und im Ausland, mit denen er das Ziel teilt, einen Weg aus der politischen Sackgasse heraus zu finden.

"Das bedeutet nicht, dass wir die NLD ablehnen, aber wir nehmen die Möglichkeit von Öffnungen wahr... Die NLD kann keine Akzente setzen. Wir müssen Alternativen finden," sagte der Wissenschaftler, der 15 Jahre im Gefängnis verbrachte, weil er über Menschenrechte geschrieben hatte.

Aber Suu Kyis Prozess hat ihn weniger optimistisch über die Aussichten eines Wandels nach den nächsten Wahlen gemacht, die ersten seit 1990. Der Schlüssel für den Schritt vorwärts ist, die Bevölkerung auf den Übergang vorzubereiten".

Burma Newscasts - Tuesday, September 1, 2009 -
<<http://burmanewscasts.bloospot.com/2009/09/cracks-in-castle-wall.html>>

The Irrawaddy Magazine -

September, 2009 - Volume 17 No.6 -
news@irrawaddy.org - September 1, 2009

Durchbrecht die Festungsmauer - MIN ZIN

Dienstag, den 1. September 2009

Gesetzeslücken in der burmesischen Verfassung können von der Opposition genutzt werden, Einfluss nach den Wahlen des nächsten Jahres zu gewinnen.

Ein direkter Frontalangriff ist in der Politik selten klug; das Mitmachen des gegnerischen Spiels für seine eigenen Zwecke ist eine wirksamere Massnahme. Dies sollten die Gegner der burmesischen Militärjunta bedenken, wenn sie ihre Strategie für die im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen festlegen.

Die meisten der etablierten Oppositions-

gruppen, unter ihnen die National League for Democracy (NLD) und die wichtigsten Waffenstillstandsgruppen haben angekündigt, dass sie an den Wahlen von 2010 nicht teilnehmen werden, falls die Verfassung nicht überarbeitet wird und der politische Prozess nicht alle umfasst. Sie sagen, dass sie die Verfassung, so wie sie jetzt ist, nicht akzeptieren können, weil sie fundamentale Rechte der Ethnien aberkennen und es dem Militär erlaubt, die Macht "im Falle eines Notstandes" wieder an sich zu reißen.

Eine engere Überprüfung der Verfassung der Junta macht jedoch deutlich, dass sie nicht die uneinnehmbare Festung ist, wie es auf den ersten Blick erscheint. Es gibt eine Anzahl von Schwachstellen in der Mauer der Festung, die von Oppositionsgruppen ausgenutzt werden können, wenn sie zu einer mehrgleisigen Herangehensweise bereit sind.

Die erste Verwundbarkeit liegt in der Tatsache, dass es nach den Wahlen von 2010 zwei Machtzentren geben wird, das Militär und die Regierung, was unweigerlich zu Kämpfen über die Machtstruktur und persönliche Interessen führt. Wer auch immer die Fäden in der Hand halten wird, dieses neue Machtarrangement wird entweder zu einer inneren Spaltung oder zur Ineffizienz des regierenden Gremiums führen.

Eine weitere Achillesferse der Verfassung ist die de facto-Degradierung der regionalen Militärkommandeure. Obwohl die Verfassung dem Obersten Heerführer die letztendliche Macht überlässt, lässt sie eine gleichartige Befehlsgewalt für die regionalen Kommandeure vermissen. Die regionalen Kommandeure sind als Hauptpfeiler der Machtstruktur des Militärregimes Kriegsherren in ihrem Gebiet. Unter der neuen Verfassung stehen sie aber unter der Kontrolle der führenden Minister der Region oder des Staates, die in vielen Fällen Zivilisten sein könnten. Dies würde zu einer Situation führen, in der die regionalen Kommandeure sich nicht nur den lokalen Machtverhältnissen widersetzen, sondern sich auch der Kontrolle Naypyidaws entziehen.

Das dritte Schlupfloch der Verfassung ergibt sich für den Fall, dass, sollten nichtmilitärische Parteien den Sieg davontragen oder eine klare Majorität bei der Vergabe der Sitze von 75%, die nicht dem Militär vorbehalten sind, gewinnen, könnte ein Kandidat, der nicht dem Militär angehört, Präsident werden. Sollte dies nicht erreicht werden, könnten nichtmilitärische Parteien die Kontrolle über die legislative Agenda erhalten, wodurch sie Einfluss über alles, von der Verteidigung wie auch auswärtige Angelegenheiten bis hin zu Wirtschafts- und Sektoren gewinnen würden. Daher scheint Seniorgeneral Than Shwe, Chef der regierenden Junta, entschlossen zu sein, die verbleibenden Parlamentssitze mit Mitgliedern der Union Solidarity and Development Association (USDA) zu fü-

len, die von Militär unterstützt wird, einer Massenorganisation, die die Junta im September 1993 gegründet hat.

Seniorgeneral Than Shwe lässt in der Referendumwahl unter der neuen Verfassung wählen.

Dies führt jedoch zu einem vierten Problem, dem sich das Regime gegenüber sieht. Als politische Partei würde die landesweite organisatorische Struktur (und seine aggressive Reputation, die zur Einschüchterung der Wähler benutzt werden kann), einen grossen Vorteil in den Wahlen von 2010 gewinnen. Das Problem ist, dass unter der neuen Verfassung Parlamentskandidaten davon ausgeschlossen sind, direkt oder indirekte Unterstützung vom Staat zu erhalten. Da die USDA aber zur Zeit solche Vorzüge genießt, würde sie mit der eigenen Verfassung des Regimes in Kollision geraten, sollte sie versuchen, Kandidaten für die Wahl aufzustellen. Daher sollte das Militär die Absicht haben, eine neue politische Partei oder Parteien zu gründen, muss es sicherstellen, dass diese keine Ähnlichkeit mit der USDA hinsichtlich Anerkennung, Einnahmen oder einschüchternde Macht aufweisen.

Vielleicht sind dieses die Gründe für das Regime, die Verkündung des Wahlgesetzes herauszuzögern, das, wie berichtet wird, darauf wartet, dieses Jahr bekannt gegeben zu werden. Than Shwe braucht mehr Zeit, um seine Macht zu sichern.

In der Zwischenzeit ist jedoch die Glaubwürdigkeit der Wahl und die Rechtmässigkeit des neuen Machtarrangements, das sie etablieren soll, durch die Nichtteilnahme der NLD und die Ablehnung einiger Waffenstillstandsgruppen, abzurufen oder teilzunehmen, verletzt worden.

Tatsächlich könnte die Opposition einen Durchbruch schaffen, indem sie sich dem Wahlprozess des Regimes fernhält und eine neue Vertreter-Front im Spiel des Regimes aufbaut. Selbst wenn Oppositionsgruppen nicht an der Wahl teilnehmen, könnten sie unter Anwendung der derzeitigen organisatorischen Identitäten politische Parteien gründen, die sich an der Wahl von 2010 beteiligen. Durch diese vertretenden Parteien könnte die Opposition versuchen die zivile Kontrolle nach der Wahl im Parlament zu maximieren.

Gleichzeitig müssen Oppositionsgruppen wie die NLD, die New Mon State Party (die neue Partei des Mon-Staates) und andere sich standhaft der "rechtswidrigen" Verfassung und Wahl widersetzen und ihren Kampf um eine wirkliche Aussöhnung fortsetzen. Nur weil sie die undemokratische Verfassung verabscheut, sollte die Opposition einen gänzlichen Rückzug aus der etablierten Politik nicht in Betracht ziehen. Die Opposition muss klug beide Seiten der Innen-aussen- und Aussen-innen-Strategien kombinieren, um einen politischen Wandel herbeizuführen.

Tatsächlich wird die Gründung ↗

... von Vertreter-Parteien und deren Teilnahme an der Wahl von 2010 dazu beitragen, eine Spaltung innerhalb der Oppositionsgruppen zu verhindern. Andernfalls könnte eine Meinungsverschiedenheit zwischen moderaten und radikalen Aktivisten innerhalb der NLD wie auch der verschiedenen ethnischen Gruppierungen zu einer offenen Spaltung führen, wenn das Wahlgesetz veröffentlicht wird und die Junta weitere Runden im Spalte-und-herrsche-Spiel spielt. Die Vertreter-Taktik könnte auch dazu beitragen, neue Anhänger für die Oppositionsbewegung zu gewinnen.

Es sollte jedoch niemand die Illusion hegen, dass die Anwesenheit von Vertreter-Parteien in den Wahlen von 2010 den magischen Wandel zu einer zivilen Kontrolle herbeiführen kann. Das kann nur durch genügend öffentlichen Druck geschehen, um den vom Militär beherrschten status quo ins Wanken zu bringen und es zu zwingen, mit der Opposition in Verhandlungen einzutreten. Dies wäre dann der Ausgangspunkt für einen wirklichen Wechsel hin zu einer demokratischen Herrschaft.

Ein weiterer Faktor, der den Erfolg der oben geschilderten Vorgehensweise sichern oder in Frage stellen könnte, wäre die Fähigkeit nichtmilitärischer Parlamentarier, einen Sinn für ein gemeinsames Ziel zu haben. Es besteht die Gefahr, dass engstirnige Belange oder Eigeninteresse die nichtmilitärischen Parlamentarier für breitere Interessenthemen blind macht und ihre Reformagenda gefährdet. Nichtmilitärische Parlamentarier müssen nicht unbedingt einen einheitlichen Block bilden oder einmütig gegen die Oberherrschaft des Militärs handeln. Wahlmanipulationen und Einschüchterung der Wähler können weiter die Chance einer echten Präsenz der Opposition im Parlament untergraben.

All dies betrachtet, können die Widersprüche, die sich in der Verfassung befinden, eine unvorhergesehene Gelegenheiten für diejenigen bedeuten, die die Militärmacht ins Wanken bringen möchten. Sollte eine moderate Militärherrschaft aus der Post-Thaw-Aera hervorgehen, könnten diese Vertreter-Parlamentarier und Minister, die dem Mainstream angehören, mit ihnen für eine allmähliche Reform zusammenarbeiten. Sollte es zu Massendemonstrationen auf der Strasse kommen, wären die Vertreterparteien gut plazierte, ihre Rolle zu spielen.

Die Opposition sollte kreativ sein im Eröffnen einer neuen Vertreterfront als Teil einer vielfältigen Strategie, um die Risse in der Festung der Junta zu nützen.

Aung Thu <aungthu@t-online.de>

The NewsWeek - 21. August 2009
<<http://www.newsweek.com/id/213129>>

Der Schwimmer sagt aus - Tony Dokoupil

John Yettaw, gerade von seiner Odyssee aus burmesischen Gefängnissen zurück, erklärt, wie er unbedachterweise eine internationale diplomatische Krise ausgelöst habe.

Wie konnte es einem pensionierten Busfahrer aus Missouri gelingen, mit Schwimmflossen zwei Kilometer schwimmend zurückzulegen, um zu dem schwer bewachten Haus der burmesischen demokratischen Führerin Aung San Suu Kyi, eine der weltweit berühmtesten Dissidenten zu gelangen? Während John Yetta während seines Prozesses, der ihm wegen "unerlaubten Schwimmens" gemacht wurde, in burmesischen Gefängnissen schwachtete, konnten wir nur spekulieren. Jetzt jedoch hat Yettaw in einem exklusiven Interview mit NEWSWEEK eine Erklärung abgegeben: Die burmesische Sicherheit hat es ihm erlaubt. "Ich weiss nicht, warum sie mich nicht aufgehalten haben", sagte er. "Der Mann mit der AK-47 schüttelte mir die Hand und liess mich rein."

Dies ist das erste vollständige Interview, das Yettaw von seinem Haus in Missouri aus per Telefon gab mit der Begründung für sein undiplomatisches Bad, auf Kritik antwortete und ausführlich über sein Engagement für Burma sprach. "Ich wollte Myanmar befreien. Ich möchte das Leiden dort beenden. Ich bin gegen die Junta. Ich werde niemals Frieden haben, weder emotional noch psychologisch, solange diese Frau nicht frei ist, solange dieses Land nicht frei ist", sagte er.

Yettaw machte im Mai Schlagzeilen in den Weltzeitungen als er uneingeladen zwei Tage lang das Haus von Suu Kyi besuchte. "The Lady" wie sie die Einheimischen nennen, schlug ihre Gegner in den letzten offenen Wahlen von 1990 haushoch, aber die Junta weigerte sich, das Ergebnis anzuerkennen und hält sie bereits 14 der vergangenen 20 Jahre unter Hausarrest wegen des Versuchs, das Regime zu stürzen. Sie hätte am 27. Mai entlassen werden sollen, nur einige Wochen, nachdem Yettaw auftauchte und zeitig genug für die für 2010 festgesetzten Wahlen - die ersten in zwei Dekaden. Jetzt wurde Suu Kyi zu Beginn des Monats zu weiteren 18 Monaten Hausarrest verurteilt. Am Sonntag wurde Yettaw durch US-Senator Jim Webb, der wegen seiner Entlassung verhandelt hatte, vor sieben Jahren Arbeitslager befreit; er wurde in die Vereinigten Staaten deportiert.

Ein weltfremder Mann, der bis zum vergangenen Jahr keinen Pass besass, ist Yettaw ein ungleicher Protagonist auf der internationalen politischen Szene. Die Junta glaubt, dass Antiregierungsaktivisten Yettaw dazu benutzen, ihre Führer in Verlegenheit zu bringen, während Suu Kyis Anhänger sagen, dass die Regierung den Amerikaner als Vorwand benutzt, ihre berühmteste Kritikerin lieber unter Hausarrest zu halten, als zu riskieren, die Opposition vor den Wahlen in 2010 zu entfachen. Die Familie Yettaws ihrerseits weiss nicht, was sie davon halten soll.

Nach Jahren des Fragens, das unbeantwortet blieb und einem Verhalten, das nicht ganz stimmig war, kam sie dazu, Yettaw so zu akzeptieren wie er ist - als grossherzigen aber unstetigen Mann, der nicht allzuviel nach den Folgen seines Handelns fragt.

Auch am späten Donnerstagabend blieb der 53jährige Mann aus Missouri eine rätselhaft Person, der es nicht gelang, bestehende Fragen zu beantworten und weitläufige und zuweilen sich widersprechende Antworten zu geben. "Ich muss vorsichtig sein, mit dem, was ich sage, oder ich werde den Menschen in Myanmar schaden", erklärte er, indem er den anderen Namen Myanmar für Burma benutzte. Seine Aussage vor Gericht wiederholend sagte er, dass er nach Burma gereist sei in der Hoffnung, die Nobelpreisträgerin Suu Kyi zu besuchen - und sie davor zu warnen, dass Terroristen sie ermorden wollten, wie er durch eine göttlich Eingebung erfahren hätte. Er leugnete, dass ihn die herrschende Militärjunta des Landes zu diesem Besuch angestachelt habe. "Ich wurde angeklagt, der CIA anzugehören und auf der Liste der Junta zu stehen. Diese Idee ist einfach lächerlich," sagte er.

Die Frage aber bleibt: Warum hielten die Wächter Yettaw nicht auf, als er den See zum Haus der berühmtesten Gefangenen des Landes durchschwamm? Yettaw hatte bereits im November 2008 einen ähnlichen Versuch unternommen, das Haus Suu Kyis schwimmend zu erreichen, wurde aber von ihren Gefährtinnen abgewiesen. Er erzählte seiner Familie, dass er gefangen genommen und mit vorgehaltener Waffe vom Haus fortgeführt worden sei. Die Wächter, die offensichtlich nichts über seinen ersten Versuch, Suu Kyis Haus zu erreichen, wussten, glaubten ihm seine Geschichte, dass er beim Fischen ins Wasser gefallen sei und liessen ihn gehen.

"EBO" - "Burma_news" <burma_news@verizon.net> - Wed, 26 Aug 2009 08:03:24
THE BURMANET NEWS - August 26, 2009 Issue #3784 - "Editor" <editor@burmanet.org>

The New York Times,
<http://www.nytimes.com/2009/08/26/opinion/26webb.html?_r=1>
Washington, 26.8.2009

Wir können es uns nicht erlauben, Myanmar zu ignorieren- Jim Webb

Vor acht Jahren besuchte ich privat Myanmar und bewegte mich frei in der Hauptstadt Rangoon und auf dem Lande. Dieses üppig bewachsene, atemberaubende Land zeigte bereits damals die Folgen seiner Trennung von der Aussenwelt. Ich war Gast eines amerikanischen Geschäftsmannes, und ich verstand die Frustration und Enttäuschung, die er und andere fühlten. Ich wusste bereits damals, dass härtere Sanktionen sie bald aus dem Land vertreiben werden.

....>

... ၃) Diesen Monat war ich der erste offizielle amerikanische Politiker, der Myanmar nach 10 Jahren besucht und der erste, der sich mit dem zurückgezogenen Seniorgeneral Than Shwe in der gespenstischen, leeren, neuen Hauptstadt Naypyidaw traf. Von dort aus flog ich zu dem noch mehr geflickten und heruntergewirtschafteten Rangoon, wo ich mich mit der Oppositionsführerin und Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi traf, die in ihrem Anwesen in Haft gehalten wird. Unter anderem bat ich Than Shwe, sie frei und an der Politik teilnehmen zu lassen.

Als ich das Land mit einem Militärflugzeug mit John Yettaw verliess - einem Amerikaner, der wegen Übertretung der Einwanderungsgesetze zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war und um dessen Freilassung ich Than Shwe ebenfalls gebeten hatte - war ich abermals betroffen, zu sehen, wie dringend das burmesische Volk Hilfe von aussen benötigt. Die Menschen sind nach Dekaden des Bürgerkrieges und politischem Stillstand so verhärtet, dass nur ein unvoreingenommener Partner sie aus der unerbittlichen Unnachgiebigkeit, die ihre Leben zerstört hat und die die Stabilität von Südostasien bedroht, herausholen kann.

Über mehr als 10 Jahre haben die Vereinigten Staaten und die Europäische Union eine Politik der sich mehr und mehr steigenden Wirtschaftssanktionen gegen Myanmar angewandt, was zum Teil durch das Verweigern des Militärs, das Wahlergebnis von 1990, in der die Partei Aung San Suu Kyis gewann, anzuerkennen, genährt wurde. Während die politischen Absichten, die dahinterstanden, lobenswert sind, war das Ergebnis überwältigend widersinnig. Das herrschende Regime zog sich mehr und mehr zurück und wurde so immer mehr isoliert. Das burmesische Volk hat den Zugang zur Aussenwelt verloren.

Die Sanktionen westlicher Regierungen wurden nicht von anderen Ländern, besonders Russland und China gleichermaßen befürwortet. Ganz im Gegenteil erlaubten sie China, seinen wirtschaftlichen wie auch politischen Einfluss in Myanmar dramatisch zu erhöhen, was zu einem gefährlichen strategischen Ungleichgewicht in der Region führte.

Laut der gemeinnützigen Gruppe Earth-Rights International, arbeiten wenigstens 26 chinesische multinationale Gesellschaften in mehr als 62 Wasserkraft-, Erdöl-, Gas- und Bergbauprojekten in Myanmar. Dies ist nur die Spitze des Eisberges. Im März unterschrieben China und Myanmar einen \$2.9 Billionen-Vertrag für den Bau von Ölleitungen, durch die Rohöl aus dem mittleren Osten und Afrika nach China transportiert werden soll. Sobald diese fertiggestellt ist, brauchen chinesische Öltanker nicht mehr durch die Strasse von Malakka zu fahren, was eine zeitraubende strategisch lebenswichtige Route ist, über die jetzt 80% der chinesischen Öleinfuhr geleitet wird.

Sollte sich der wirtschaftliche Einfluss Chinas in Myanmar verstärken, könnte eine militärische Präsenz leicht folgen. Russland unterstützt die Regierung Myanmars in einem Nuklear-Forschungsprojekt. Keines dieser Projekte hat das tägliche Leben des Durchschnittsbürgers in Myanmar erleichtert, der so gut wie keinen Kontakt zur Aussenwelt hat und dessen Prokopf-Einkommen zu den niedrigsten in Asien zählt.

Es wäre falsch, wenn die Vereinigten Staaten die Sanktionen gegen Myanmar aus purem ökonomischen Selbstinteresse aufheben, oder wenn eine solche Entscheidung als Kapitulation einer seit langem eingenommenen Position angesehen würde, dass Myanmar sein repressives Militärsystem zugunsten einer demokratischen Regierung aufgeben würde. Aber es wäre ebenso schlimm für uns, wenn wir unsere Arme verschränkten, wegschauten und glaubten, dass wenn wir nichts für die Situation in Myanmar täten, wir irgendwie zu einer Lösung beitragen könnten.

So, was sollten und was können wir tun?

Zuerst müssen wir das Mögliche in den Blick nehmen. Die Militärregierung in Myanmar hat sich verpflichtet, in 2010 Wahlen als Teil der angekündigten "Sieben Schritte hin zu Demokratie" durchzuführen. Viele verweisen darauf, dass die Verfassung, die im vergangenen Jahr durch einen Volksentscheid angenommen wurde, Fehler aufweist, da sie dem Militär erlaubt, im Grossen und Ganzen die Regierung zu beherrschen und dass der Zustimmungsprozess selbst fragwürdig war. Die Legislative, die die Verfassung in Kraft setzen kann, muss noch entworfen werden. Die Partei Aung San Suu Kyis, die National League for Democracy hat einer Wahlbeteiligung im nächsten Jahr nicht zugestimmt.

Aber es gibt noch Raum für eine Beteiligung. Viele asiatische Länder - unter ihnen auch China - lassen Oppositionsparteien nicht einmal zu. Die National League for Democracy könnte die Vorteile einer Beteiligung als Teil einer Politik der Langzeitstrategie überdenken. Und die Vereinigten Staaten könnten die Debatte durch ein Hilfsangebot für den Wahlprozess beleben. Die Antwort der Regierung Myanmars hierauf wäre aufschlussreich.

Zum zweiten müssen die Vereinigten Staaten klar definierte Standards für ihre Beziehungen zur nichtdemokratischen Welt entwickeln. Unsere eindeutige Politik verschiedenen Ländern gegenüber kommt einer Form situativer Ethik gleich, die sich nicht in nüchterne Diplomatie umsetzen lässt. Wir müssen mit Myanmars Führung sprechen. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir unser Streben nach einer freien und offenen Gesellschaft in Burma aufgeben, sondern unser Ziel wird durch einen anderen Handlungsverlauf bestimmt.

Die Vereinten Nationen weigerten sich bis 1971, mehr als 20 Jahre nach der kommu-

nistischen Machtergreifung, mit China zu reden und nahmen bis 1979 keine diplomatischen Beziehungen zu dem Land auf. Und trotzdem hat China, mit dem wir als Geschäftspartner wie auch im strategischen Wettbewerb unauflosbar verbunden sind, keine Demokratie, noch hat dort je eine nationale Wahl stattgefunden.

Die Regierung Hanoi hat 1973 international überwachten Wahlen in Vietnam als Ergebnis der Pariser Friedensgespräche zugestimmt; Washington hatte dies nicht zur Vorbedingung für weitere Beziehungen gemacht. Als jemand, der hart daran gearbeitet hat, eine Brücke zwischen Hanoi und der vorwiegend antikommunistischen vietnamesischen Gesellschaft zu bauen, glaube ich, dass der grösste Faktor für die Herstellung einer offeneren Gesellschaft in Vietnam die Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos in 1994 war.

Zum dritten, sollten unsere Regierungsführer China auffordern, sein Schweigen über die Situation in Myanmar aufzugeben und verantwortlich zu handeln, indem es seine Rolle als aufsteigende Weltmacht übernimmt. Die Amerikaner sollten nicht im Kollektiv den Atem anhalten, wenn es darum geht, dass China seinen strategischen Vorteil, den es durch unsere gegenwärtige Politik erreicht hat, aufgibt. Eine solche Geste unserer Regierung würde in der Weltmeinung viel besser ankommen als die wiederholte voraussehbare Verdammung der Militärregierung in Myanmar.

Und letztendlich sollten wir hinsichtlich der Aufhebung von Sanktionen sorgfältig aber umgehend verfahren. Sollte es zu einem Entgegenkommen der Regierung Myanmars hinsichtlich der Beseitigung von Hindernissen, die uns jetzt im Wege stehen, kommen, dann gäbe es mehrere Wege für die zwei Regierungen, vorwärts zu schreiten. Wir könnten mit humanitären Projekten beginnen. Wir könnten zur Kooperation kommen bei unserem langgehegten Wunsch, die Gebeine unserer Flieger, die im 2. Weltkrieg im Norden des Landes ums Leben kamen, zu überführen.

So wie stets, sollte es unser endgültiges Ziel sein, Myanmar dazu zu ermutigen, ein verantwortungsvolles Glied der Weltgemeinschaft zu werden, die Isolation seines Volkes zu beenden, damit es in wirtschaftlichem Wohlstand in einem offenen politischen System leben kann.

Jim Webb ist demokratischer Senator in Virginia.

"EBO" "Burma_news" Tue, 18. Aug 2009 10:58
<burma_news@verizon.net> - Burma News -

The Irrawaddy - 18. August 2009

<http://www.irrawaddy.org/highlight.php?art_id=16589>

Suu Kyi erläutert ihre Sanktionspolitik

- Wai Moe

Laut ihrem Anwalt erklärte am Sonnabend die inhaftierte prodemokratische Führerin Aung San Suu Kyi dem US-Senator Jim Webb, dass zuerst eine "Kommunikation" im Lande selbst stattfinden müsse.

Dieser Kommentar erfolgte als Antwort auf Webb's Erklärung hinsichtlich Sanktionen, dass Burma "mit der internationalen Gemeinschaft in Kommunikation treten müsse", berichtete der Anwalt.

"Daw Suu sagte mir, dass sie bei ihrem Treffen mit Senator Webb am Sonnabend wiederholt darauf hingewiesen habe, dass das burmesische Regime zuerst "innerhalb des Landes" in Kommunikation treten müsse. Sie sagte, dass nur dann, wenn dies geschieht, Burma von den Verbindungen mit der internationalen Gemeinschaft profitieren könne", sagte Nyan Win, Suu Kyi's Anwalt, der sich am Montagnachmittag eine Stunde lang mit ihr traf.

Nyan Win berichtete am Dienstag dem The Irrawaddy, dass auf seine Frage an Suu Kyi bezüglich der letzten Berichte einiger britischer Zeitungen, denen zufolge sie einer Aufhebung des internationalen Tourismus-Boycotts zugestimmt habe, Suu Kyi erklärte, "das Thema in der letzten Zeit mit niemandem diskutiert zu haben".

Dem Anwalt zufolge, der auch Sprecher von Suu Kyi's Partei, der National League for Democracy (NLD) ist, ist Suu Kyi's Haltung Sanktionen gegenüber seit sie 2007 eine Erklärung hierzu abgegeben habe, unverändert.

"Suu Kyi erklärte, da sie nicht diejenige sei, die Sanktionen gegen das burmesische Regime ausspreche, sie auch nicht in der Lage sei, diese aufzuheben", sagte er.

Die Führerin der NLD und Nobelpreisträgerin hat jedoch in der Vergangenheit den regierenden Generälen den Friedenszweig gereicht. Nach der Niederwerfung der von den Mönchen angeführten Demonstrationen hatte sie gesagt "im Interesse der Nation bin ich bereit, mit der Regierung zu kooperieren, damit der Prozess des Dialoges zum Erfolg führt...".

Suu Kyi berichtete, dass sie Webb darauf hingewiesen habe, dass trotz einiger früherer Übereinstimmung mit Generalmajor Aung Kyi, dem Minister für Beziehungen, der von der Regierung dazu bestimmt worden war, nach dem Protesten der Mönche mit ihr in Verbindung zu treten, letztendlich nichts aus diesen Treffen resultierte.

Nyan Win sagte, dass eines der Themen, die während der Unterredung zwischen Suu Kyi und Webb angesprochen wurden, der Einfluss Chinas auf das burmesische Regime gewesen sei. Der US-Senator bezeichnete dabei offensichtlich das Wirken Beijing's in Burma als "furchtbaren Einfluss."

"Daw Suu erklärte Webb daraufhin, dass sie eine solche Terminologie China gegenüber verwerfe und dass sie wünscht, dass Burma mit allen benachbarten Ländern wie auch zur internationalen Gemeinschaft insgesamt gute Beziehungen unterhalte," sagte Nyan Win. "Sie sagte, China ist Burmas Nachbar und möchte eine guter Freund Burmas sein. Sie sagte, dass sie nicht erkennen könne, dass China einen furchtbaren Einfluss ausübe."

Ein weiteres Thema, das Webb am Sonnabend ansprach, war die Teilnahme ihrer Partei, der NLD an den kommenden Wahlen in 2010. Sie sagte zu Webb, dass sie die Angelegenheit mit Mitgliedern ihrer Partei sorgfältig besprechen müsse, berichtete der Anwalt.

Suu Kyi traf sich mit dem demokratischen Senator am Sonnabend in Rangoon. Am Montag teilte Webb Reportern bei einer Pressekonferenz in Bangkok mit, dass Suu Kyi die Aufhebung einiger internationaler Sanktionen durch die US und EU befürworten würde.

"Ich möchte sie nicht falsch interpretieren, aber es war ganz klar mein Eindruck, dass sie nichts gegen die Aufhebung einiger Sanktionen einzuwenden habe," sagte Webb.

Webb ist dafür bekannt, die US-Administration stark für ihre Sanktionen zu kritisieren mit dem Argument, dass durch die Isolation Burmas, der chinesische Zugriff gestärkt und der Einfluss der USA geschwächt wurde und sich die Haltung der Junta in keiner Weise verbessert habe.

Laut Nyan Win sprach Suu Kyi nicht darüber, ob sie den Besuch des Senators in Burma als förderlich ansieht.

"EBO" - "Burma news" <burma_news@verizon.net>
Shan-EU <shaneu31@yahoo.com> - www.shanland.org
Shan Herald Agency for News -
24. August 2009 -

Spannungen veranlassen die Menschen zur Flucht nach China

Letzten Berichten von der chinesisch-burmesischen Grenze zufolge sollen sich fast alle Menschen aus Laogai auf der Flucht in die chinesische Stadt Mansan befinden, nachdem sie heute morgen eine in chinesisch getippte Nachricht der Kokang-Füh-

rung erhielten.

Wie einer Kopie an SHAN zu entnehmen ist, ruft die Erklärung der Führer in Kokang die Menschen dazu auf, "nicht wegen der derzeitigen Situation in Panik zu geraten, aber doch jederzeit bereit zu sein".

In der Zwischenzeit trafen sich heute morgen burmesische Verantwortliche der in Laogai niedergelassenen Regional Operations Command (Regionale Operationskommandantur - ROC) und einige Chefs aus Kokang in einem Hotel, das auf dem Weg zum Dorf Si Aww liegt; es wurden jedoch keine Einzelheiten bekannt gegeben. Deshalb machten sich, wie ein dortiger Bürger, der ungenannt bleiben möchte, berichtet, die Menschen trotz der Nachricht auf die Flucht.

"Nicht nur die Menschen, sondern auch fast alle Fahrzeuge waren fort. Alle Geschäfte blieben geschlossen," sagte er. "Auch die Internet-Verbindungen blieben seit 2 Uhr nachts (Burmeseischer Standardzeit) ohne Anschluss."

Wie er mitteilte, wurden alle Gefangenen des Kokang-Gefängnisses entlassen.

Die Spannung war auf beiden gestiegen, seit die lokale burmesische Verwaltung vor kurzem in eine Waffenfabrik in Kokang eindrang und dort alle Waffen beschlagnahmte.

Weiter wird berichtet, dass am Morgen des 23. August mehr als 150 Truppen der burmesischen Armee von Hsenwi und Kutkhai in Laogai eintrafen. Drei Tage zuvor kamen 200 Truppen aus Lashio.

Wie lokale Quellen berichten, trafen sich am 23. August um die 30 Beamte aus Kokang, in einem von der United Wa State Army (Armee der Vereinten Wa-Staaten - UWSA) kontrollierten Gebiet am Südufer des Namting.

Im Augenblick gehen tausende von Truppen der burmesischen Armee im Kokang-Gebiet in Stellung. Auch die Sicherheit wurden auf dem Weg von Kunlong nach Laogai durch die burmesische Armee verstärkt. Auch wurde verboten, Reis- und Lebensmittelvorräte in das Gebiet von Kokang zu bringen, berichtete eine weiterer Bewohner.

Die Lage zwischen der burmesischen Armee und Kokang ist aufs äusserste gespannt, seit die burmesische Armee am 8. August bewaffnete Truppen sandte, um Berichte über eine Waffenfabrik in Kokang zu überprüfen.

Newsletter for Sat, 29. Aug 2009 -news@irrawaddy.org

The Irrawaddy, 29. August 2009

Ohnmächtiges China

http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=16666

Die zunehmende Spannung und die Kämpfe zwischen burmesischen Truppen und ethnischen Armeen entlang der chinesisch-burmesischen Grenze liess Tausende nach China fliehen. Dies hat Angehörige des chinesischen Aussenministeriums zu der Bemerkung veranlasst, dass man hoffe "Burma könne vernünftig mit seinen inneren Problemen umgehen und die regionale Stabilität seiner Grenzgebiete zu China sichern".

Behörden der südöstlichen Provinz Yunnan in China berichten, dass wegen der Konflikte in den letzten Tagen um die 10.000 Menschen bereits über die Grenze aus Burma gekommen seien. Die meisten von ihnen sind Chinesen, die in Burma gebürtig sind oder Chinesen, die entlang der Grenze wohnen.

In den vergangenen letzten Monaten betrieb Beijing eine stille Diplomatie mit Naypyidaw, um die burmesische Junta aufzufordern, ihre ethnischen Probleme entlang der Grenze auf friedliche Art zu lösen. Als General Maung Aye Beijing im Juni besuchte, bat ihn die chinesische Führung erneut, keine Gewalt gegen ethnische Waffenstillstandsgruppen anzuwenden und die Stabilität dort aufrechtzuerhalten.

Auch die burmesische Führung soll anscheinend unglücklich darüber sein, dass die Chinesen fortfahren, die ethnischen Gruppen entlang der Grenze zu unterstützen. Viele burmesische Militärführer hegen antichinesische Gefühle, da China in der Vergangenheit stark die ethnischen Armeen und die jetzt gestorbene kommunistische Partei in Burma (CPB) unterstützt hat. Die Wa und die Chinesen aus dem Gebiet von Kokang sind ehemalige Mitglieder der CPB.

Es scheint jedoch, dass die burmesische Führung nicht auf den chinesischen Rat gehört hat. Statt dessen verwirklichte das Regime seine Pläne, die ethnischen Gruppen an der Grenze unter Druck zu setzen, sie zu entwaffnen und einen militärischen Grenzschutz aufzubauen. Das Regime ist bestrebt, die Transformation vor den Wahlen im nächsten Jahr abzuschliessen.

Der gegenwärtige Konflikt schwelt seit bereits 20 Jahren. Es ist das direkte Ergebnis der Weigerung des Regimes, den ethnischen Waffenstillstandstruppen die Selbstbestimmung innerhalb des Rahmens einer föderalistischen Union zu gewähren.

Es ist die grösste Ironie dieser Situation, dass China, ein hauptsächlicher Waffenlieferant und zuverlässiger Alliierter des Regimes während der vergangenen zwei Dekaden,

sich jetzt als machtlos erweist in seinen Bemühungen, die Juntaführung dazu zu bewegen, eine politische Lösung für dieses Problem zu finden.

China hat das Regime ständig im UN-Sicherheitsrat unterstützt, indem es sein Veto dazu benutzte, Resolutionen zu blockieren, die das Regime wegen seiner brutalen Niederwerfung von Dissidenten verurteilten, indem es argumentierte, dass diese Aktionen keine Gefahr für die internationale Sicherheit darstellen.

Anfang August verteidigten Angehörige des chinesischen Aussenministeriums sogar die Entscheidung des Regimes, die Haft der inhaftierten Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi um 18 Monate zu verlängern mit der Begründung, dass die internationale Gemeinschaft die burmesische Souveränität respektieren müsse.

Nach jahrelanger Verteidigung der Junta, müssen jetzt die chinesischen Führer auf harte Art lernen, dass die einzige Sorge der burmesischen Junta die eigene Selbsterhaltung ist. Sie stört sich ebenso wenig um die Wünsche Beijings wie um die demokratischen Bestrebungen des burmesischen Volkes.

Ob man es nun will oder nicht, Beijings Haltung Burma gegenüber - und seinem Status einer aufstrebenden Supermacht - steht jetzt auf dem Prüfstand. Sollte es keinen Weg finden, die Generäle zu zügeln, riskiert China nicht nur die Stabilität an der Grenze zu Burma, sondern es zeigt sich auch machtlos, seine eigenen Interessen zu verteidigen.

Nurul Islam Cta <wisdom.cta@yahoo.com>
[888peoplepower] Halt Military Campaigns against Ethnic Nationalities: US

THE IRRAWADDY - <<http://www.irrawaddy.org/>>
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=16694>

USA: Stopped die Militärangriffe gegen ethnische Minderheiten -

The Irrawaddy, 1. September 2009

LALIT K JHA, Washington

Die Vereinigten Staaten haben die burmesische Militärjunta aufgefordert, die Militärangriffe gegen ethnische Gruppen in den östlichen und nördlichen Gebieten des Landes einzustellen.

Diese Erklärung wurde am Montag von der Obama-Administration als Antwort auf Berichte, dass Tausende wegen der kriegerischen Handlungen des Militärs die Grenze nach China und Thailand überschritten haben.

Der Sprecher des Aussenministeriums, Ian Kelly, sagte: " Die brutalen Gefechte haben tausende von Zivilisten gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen und sich in China

und Thailand in Sicherheit zu bringen. Sie verringern somit die Stabilität und Aussicht auf eine nationale Aussöhnung."

"Wir fordern die burmesischen Behörden auf, die Militärangriffe einzustellen und einen wirklichen Dialog mit den ethnischen Minderheitsgruppen wie auch mit Burmas demokratischer Opposition zu beginnen," sagte er und fügte hinzu, dass die USA die Situation nah verfolgen.

Kelly sagte, dass Berichte von der Rückkehr einiger Flüchtlinge eine gute Nachricht seien. "Unser Aufruf an die burmesischen Behörden, mit dem Prozess der nationalen Aussöhnung fortzufahren, ist weiterhin gültig. Aber sollten sie zurückkommen, dann sind das natürlich willkommene Nachrichten," sagte er.

Auf Fragen antwortend, sagte Kelly, dass die Überprüfung der Situation in Burma durch die USA kurz vor dem Abschluss steht und dass eine endgültige Bewertung in den nächsten Wochen zu erwarten ist.

"Wir warten eine Anzahl von Entwicklungen ab, besonders den Prozess gegen Aung San Suu Kyi, der jetzt offensichtlich stattgefunden hat," sagte er.

"Ich nehme an, dass wir innerhalb der nächsten Wochen nach Beendigung der Sommerferien und dem Tag der Arbeit zu einem endgültigen Abschluss der Überprüfung und der Zustimmung einer Strategie bezüglich Burma kommen werden.

Ich werde nichts darüber sagen, wie wir uns hier entscheiden werden. Ich möchte dem Prozess nicht vorausgreifen", sagte er.

Unterdessen forderte der in New York ansässige Burma Point den Generalsekretär der UNO, Ban Ki-moon dazu auf, die Meinung des Präsidenten von Timor-Leste, Jos Ramos-Horta zu unterstützen, der den Sicherheitsrat und die Weltgemeinschaft dazu aufruft, die Geldanlagen und Vermögen von führenden Mitgliedern der Militärjunta einzufrieren.

"Burma hat rechtmäßige Vertreter, die aus der Wahl von 1990 hervorgegangen sind und denen die Gelegenheit, ihr Volk zu vertreten, verweigert wurde", sagte Burma Point in einem Schreiben an den Generalsekretär. "Wir fordern die Vereinten Nationen ausdrücklich dazu auf, die Beglaubigung dieser rechtmäßigen Vertreter anzuerkennen und die Beglaubigung dieser legitimen Vertreter des burmesischen Volkes, sollte eine solche vorgelegt werden, anzunehmen,"

"Inmitten des Bürgerkrieges in Oberburma, der zur Zeit dort stattfindet, kann nicht nur das Leben von ethnischen Minderheiten, sondern der Bevölkerung allgemein gerettet werden, sollten Mitglieder der Vereinten Nationen sich mutig der Militärjunta entgegenstellen," sagte Moe Chan, geschäftsführender Direktor von Burma Point.

.... ↗

....>

"Mitgliedsnationen sollten der Junta nicht erlauben, den ungeheuerlichen Missbrauch des eigenen Volkes fortzusetzen. Diese Untätigkeit untergräbt die Prinzipien der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration und wird für immer als Schandfleck in der Geschichte des Kampfes um Menschenrechte und Demokratie erscheinen", sagte er.

THE BURMANET NEWS, August 20, 2009
Issue #3780 - "Editor" <editor@burmanet.org>
www.burmanet.org

The Mizzima, 20. August 2009 -
<<http://www.mizzima.com/news/inside-burma/2658-campaigners-call-for-commission-of-inquiry-into-junta-crimes.html>>

Aktivisten fordern Untersuchungsaus- schuss wegen Ver- gehen der Junta – Mungpi

Neu-Delhi (Mizzima): Aktivisten sagen, dass jetzt die Zeit für die internationale Gemeinschaft gekommen sei und besonders auch für die Vereinten Nationen, den Sicherheitsrat aufzufordern, einen Untersuchungsausschuss zu bilden, der die Vergehen gegen Menschenrechte der burmesischen Militärherrscher untersuchen soll.

Durch die jüngste Verurteilung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und die fortgesetzte Säuberung von Minderheiten in entlegenen Gebieten des Landes haben die burmesischen Militärherrscher ganz klar ihre Unbarmherzigkeit und ihre Verbohrtheit demonstriert, alle Aufforderungen zu Reformen zu ignorieren, sagten drei Aktivistengruppen am Mittwoch.

Debbie Stothard, Koordinatorin des Alternativen Asean Netzwerkes für Burma (Alternative Asean Network on Burma (Altsean Burma)), eine der drei Gruppen, die den Sicherheitsrat aufforderten, einen Untersuchungsausschuss zu bilden, sagte, dass die internationale Gemeinschaft zwar rhetorisch eine Verurteilung ausgesprochen habe, sie bisher hingegen wenig unternommen hätte, praktisch die Junta dazu zu bewegen, einen Wandel in Burma herbeizuführen.

"Es ist hohe Zeit, dass die internationale Gemeinschaft damit aufhört, die Aktionen der Junta zu akzeptieren und jetzt endlich dagegen aufsteht" sagte Stothard am Donnerstag zu Mizzima.

Altsean Burma, die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH) und der burmesische Rat der Anwälte (Burmese Lawyers Council BLC) appellierten in einer

Erklärung am Mittwoch an die Europäische Union, die nach der Verurteilung von Aung San Suu Kyi die Wirtschaftssanktionen gegen die Junta erhöht hat, ihre Forderung nach einem Untersuchungsausschuss zu unterstützen.

In der Erklärung wird ausgeführt, dass die neuen Sanktionen durch die EU völlig unzureichend seien angesichts der sich verschlechternden Menschenrechtslage in Burma und der Greuelthaten, die gegen ethnische Nationalitäten in Burma begangen werden.

"Diese Sanktionen spiegeln den politischen Unwillen der EU wider, eine entschiedene Haltung zu diesem Thema einzunehmen und vergrößern die Gefahr des Risikos, dass das Regime dies als Aufforderung ansieht, internationale Verbrechen fortzusetzen," sagte Sohayr Belhassen, Präsident der FIDH in einer Erklärung.

Am 11. August gab ein Sondergericht des Insein-Gefängnisses in Rangoon das Urteil nach einen über zwei Monate andauernden Prozess gegen Aung San Suu Kyi bekannt, das sie zu drei Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilte.

Der oberste Militärführer des Landes, Seniorgeneral Than Shwe, intervenierte jedoch beim Gerichtshof mit einem Sonderbefehl und reduzierte das Strafmaß um die Hälfte, gute Führung vorausgesetzt und erlaubte gleichzeitig, dass sie die Zeit in ihrem Haus am See verbringt.

Einige Länder haben Erklärungen herausgegeben, die die Junta verurteilen, andere jedoch priesen die Junta für ihre anscheinende Nachsicht bei der Urteilsfindung gegen Aung San Suu Kyi.

"Die EU darf sich nicht durch den falschen Versuch des SPDC (burmesische Militärregierung) täuschen lassen, mit Nachsicht gegen Aung San Suu Kyi zu walten. Der SPDC folgte damit nur seiner Strategie, Aung San Suu Kyi für eine Weile von der Bildfläche verschwinden zu lassen, und gleichzeitig teilt der SPDC der Welt mit, dass sich Burma auf dem Weg zur Demokratie befindet. Wie kann der geplanten Wahl des SPDC Glaubwürdigkeit geschenkt werden, wenn im Osten Burmas der Krieg herrscht?" fragte Stothard.

Stothard sagte, dass in Ostburma als Ergebnis der Greuelthaten durch die Soldaten der Junta zur Zeit tausende von ethnischen Bürgern auf der Flucht sind.

"Wenn es der Junta ernst damit sein sollte und sie Veränderungen herbeiführen möchte, dann muss die Junta damit aufhören, die Ethnien zu töten. Burmas Politik dreht sich nicht nur um Aung San Suu Kyi,

sondern auch um die ethnischen Nationalitäten," unterstrich Stothard.

Stothard fügte hinzu, dass die internationale Gemeinschaft, besonders die Vereinten Nationen, keine wirksamen Massnahmen ergriffen haben, die die Junta zwingen, ihr Verhalten zu ändern.

"Die UNO hat sehr wenig oder gar keinen Druck auf den SPDC ausgeübt. Und der SPDC weiss, dass er fortfahren kann, mit der internationalen Politik zu spielen," sagte sie, wobei sie sich auf den offiziellen Namen der Junta, nämlich Staatlicher Friedens- und Entwicklungsrat (State Peace and Development Council - SPDC) bezog.

In der Zwischenzeit prangerte das in den USA ansässige Globale Rechtszentrums (Global Justice Centre - GJC) in einer Presseerklärung den Generalsekretär der UNO, Ban Ki-moon an, wegen seiner Reaktion auf den Urteilspruch gegen Aung San Suu Kyi, der einzigen, sich in Haft befindlichen Nobelpreisträgerin.

Das GJC sagte, dass die Bemerkungen Ban Ki-moons zum Urteil gegen Aung San Suu Kyi in keiner Weise seinem Mandat unter der Charta der UNO entsprächen.

Als Vertreter der UNO und unter den gegebenen Umständen verlangt das internationale Gesetz von Generalsekretär Ban Ki-moon, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und nicht seiner "Enttäuschung" Ausdruck zu verleihen und nach "Aussöhnung zu rufen", argumentierte das GJC in seiner Erklärung.

Das GJC sagte, dass anstatt das Urteil "enttäuschend" und "bedauerlich" zu nennen, Ban die Situation in Burma an den Internationalen Strafgerichtshof verweisen sollte und kommt zu der Feststellung, dass Bans Bemerkungen die "Rechtsstaatlichkeit unterminieren".

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de

<http://www.burmabureaugermany.com>

<http://www.burma-report.de>